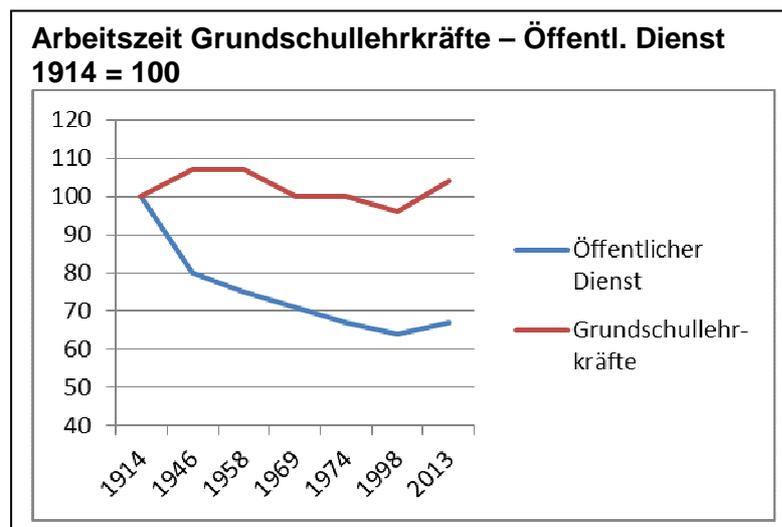


## Lehrerarbeitszeit

### - was sagt der Koalitionsvertrag?

Überraschende Einblicke in die Lehrerarbeitszeit bietet ein langfristiger Vergleich mit dem übrigen Öffentlichen Dienst - hier am Beispiel der Grundschullehrkräfte, für die anderen Lehrkräfte gilt Entsprechendes. Diese hatten 1914 eine Unterrichtsverpflichtung von 28 Pflichtstunden. Im Öffentlichen Dienst galt 1914 die 60-Stunden-Woche.



2013 müssen hessische Grundschullehrerinnen und -lehrer 29 Stunden unterrichten, während für die Angestellten im Öffentlichen Dienst die 40-Stunden-Woche gilt.

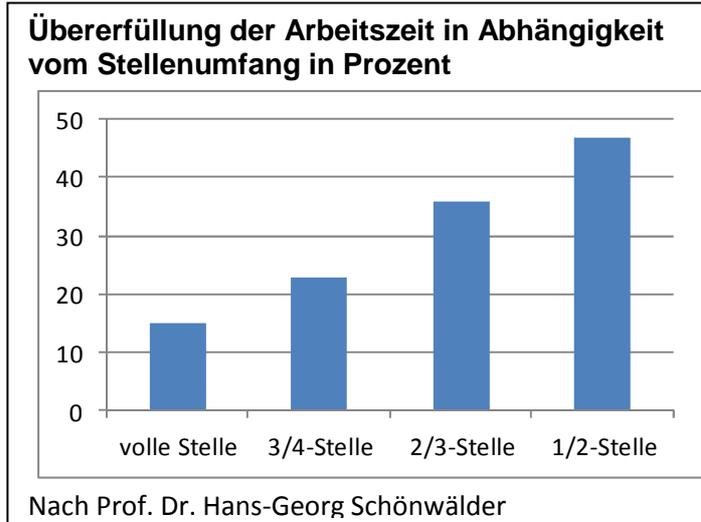
Damit sind die Arbeitszeitverkürzungen der letzten einhundert Jahre an den Lehrerinnen und Lehrern spurlos vorbei gegangen. Eine am Öffentlichen Dienst orientierte Anpassung der Lehrerarbeitszeit hätte für die Grundschullehrkräfte knapp 20 Pflichtstunden pro Woche erge-

ben müssen.

Kein Wunder, dass Untersuchungen der Lehrerarbeitszeit immer wieder sehr hohe Werte ergeben: „Manch einer, der über faule Lehrer schimpft, arbeitet selbst sicher weniger: Im Durchschnitt rund 56 Stunden pro Woche sind es für Lehrer zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen ...“<sup>1</sup> Die Spitze liegt laut Bildungsforscherin Mareike Kunter von der Goethe-Universität in Frankfurt bei 70 Stunden wöchentlich.<sup>2</sup>

Kein Wunder auch, dass immer mehr Kolleginnen und Kollegen ihre Stundenzahl reduzieren, weil sie die Belastung nicht mehr tragen können und oder Zeit gewinnen wollen, um wenigstens ansatzweise entsprechend ihren Qualitätsansprüchen unterrichten zu können. Sie erweisen sich dadurch allerdings einen BärenDienst: geringeres Gehalt, geringere Pensionen und weiter eine sehr hohe Arbeitszeit, denn

Teilzeitkräfte arbeiten in aller Regel deutlich mehr, als es ihrem Stellenumfang entspricht, wegen der nichtteilbaren Tätigkeiten aber auch wegen ihre Qualitätsansprüche. Die treiben sie voran.



<sup>1</sup> Das Elend der Lehrer, Wirtschaftswoche vom 25.10.2013

<sup>2</sup> Ebenda

Dabei steht eine erste Entlastung bei der Arbeitszeit schon längst auf der Tagesordnung: Bereits 2010 wurde die von Roland Koch in der „Operation düstere Zukunft“<sup>3</sup> vorgenommene Arbeitszeiterhöhung auf 42 Stunden pro Woche für die Angestellten wenigstens zum Teil wieder zurückgenommen auf die 40-Stunden-Woche. Die längst überfällige Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten – und damit auch auf die Lehrkräfte – steht immer noch aus. Deswegen war das eine der zentralen Forderungen der GEW an eine neue Landesregierung.

Was sagt dazu der Koalitionsvertrag?



*„CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legen Wert auf gute Arbeitsbedingungen ... Ein wesentlicher Faktor bei der Beschäftigungspolitik ist die Gesundheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. ... Wir werden deshalb ein besonderes Augenmerk auf ... die gesundheitliche Prävention legen.“<sup>4</sup>*

Das klingt doch sehr nach fürsorglicher Landesregierung! Doch leider 10 Zeilen weiter:

*„Uns ist bewusst, dass wir von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere aber auch von den Beamtinnen und Beamten einen dauerhaften Beitrag zur Konsolidierung des Haushaltes verlangen. Deshalb werden wir im Gegenzug die wöchentliche Arbeitszeit im Beamtenbereich im Jahr 2017 auf 41 Stunden absenken.“*

**Die Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte in Hessen höher als vor hundert Jahren? Arbeitszeitverkürzungen der letzten 100 Jahre spurlos an uns vorbei? Das kann nicht so bleiben!**

- ➔ **40-Stundenwoche auch für Hessens Beamtinnen und Beamte entsprechend den Angestellten und zwar gleich! Das würde wenigstens die Rücknahme der letzten Arbeitszeitverlängerung von Ministerpräsident Koch bedeuten: für Lehrkräfte eine Pflichtstunde weniger.**
- ➔ **Lehrer sind nicht das Sparschwein der Regierungskoalition. Das Vorenthalten der 40-Stundenwoche bringt der Landesregierung allein bei den Lehrkräften rund 1800 Stellen oder ca. 160 Millionen Euro. Jede Lehrkraft mit voller Stelle subventioniert dadurch die schwarz-grüne Regierungskoalition mit rund 3.000 Euro pro Jahr!**
- ➔ **Eine hohe Unterrichtsverpflichtung geht zu Lasten der Qualität und der Gesundheit. Deswegen ist die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte in fast allen europäischen Ländern erheblich geringer als in Hessen. Das brauchen wir auch!**
- ➔ **Wenn wir nicht wollen, dass wir immer wieder und immer weiter abgehängt werden, müssen auch verbeamtete Lehrkräfte lernen, klare Stoppsignale zu senden.**

**Nächstes Thema** der Inforeihe zur Koalitionsvereinbarung in Hessen: **Besoldung**

**Impressum:**

Herausgeber:	GEW KV Hanau, DGB-Freiheitsplatz 6, 63450 Hanau
Verantwortlicher Redakteur:	Heinz Bayer, Landgrafenstraße 6, 63452 Hanau
Druck:	Imprenta, Obertshausen

<sup>3</sup> Ministerpräsident Koch verordnet Hessen 2003 die „Operation sichere Zukunft“ und erhöht die Arbeitszeit im Öffentlichen Dienst für Angestellt und Beamte auf 42 Wochenstunden

<sup>4</sup> Koalitionsvertrag Seite 10